

Korruption Rheinmetall sucht den Deal

Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall will sich offenbar mit einer Millionenzahlung von der Verfolgung durch die Bremer Staatsanwaltschaft freikaufen. Hintergrund sind angebliche Schmiergeldzahlungen in Millionenhöhe, die ein Rheinmetall-Repräsentant seit Anfang der Neunzigerjahre an Militärs und Beamte im Athener Verteidigungsministerium geleistet haben soll, um Aufträge für die Düsseldorfer Rüstungsschmiede an Land zu ziehen. Es ging unter anderem um Luftabwehrraketen und Elektronik für die Modernisierung von U-Booten. Offenbar will Rhein-

metall den Fall nun ohne öffentliches Gerichtsverfahren beerdigen. Der Rüstungskonzern strebt, mit Rückendeckung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, eine Fusion mehrerer deutscher Waffenproduzenten an. Ein Prozess wegen Korruption wäre da „kontraproduktiv“, wie ein Rheinmetall-Insider sagt. Eine konkrete Summe für den Deal mit der Staatsanwaltschaft sei noch nicht vereinbart, heißt es. Rheinmetall antwortete auf eine SPIEGEL-Anfrage nicht. Bislang hatte der Konzern stets bestritten, von Schmiergeldzahlungen gewusst oder diese veranlasst zu haben. Bei der Staatsanwaltschaft heißt es, es sei noch zu früh, um sich über einen möglichen Verfahrensabschluss zu äußern. js

Air Berlin Merkwürdige Genehmigungen

Das vom Luftfahrtbundesamt geplante Verbot von 34 gemeinschaftlichen Flugverbindungen könnte die Firma Air Berlin und ihren Partner Etihad stärker treffen als vermutet. Beiden Fluglinien drohen Umsatz- und Gewinneinbußen, wenn die Araber für die von den Deutschen beflogenen Strecken keine Tickets mehr verkaufen dürfen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will zudem prüfen lassen, warum die sogenannten Codeshare-Strecken in den zurückliegenden Perioden vor seiner Amtszeit überhaupt genehmigt wurden. Zuständig war

damals Dobrindts Parteifreund Peter Ramsauer. Laut einer Zusatzvereinbarung zum Luftverkehrsabkommen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Arabischen Emiraten aus dem Jahr 1994 dürfen Gemeinschaftsflüge von deutschen und arabischen Airlines nur von Frankfurt, München, Düsseldorf und Hamburg aus angeboten werden, nicht jedoch von Berlin. Gerade dort aber starten besonders viele Air-Berlin-Jets im Unterauftrag ihres Finanziers Etihad, unter anderem zu dessen Verkehrsdrehscheibe in Abu Dhabi. Warum die deutschen Behörden in der Vergangenheit beide Augen zugedrückt haben, sollen nun Dobrindts Experten klären. did



Air-Berlin-Jet